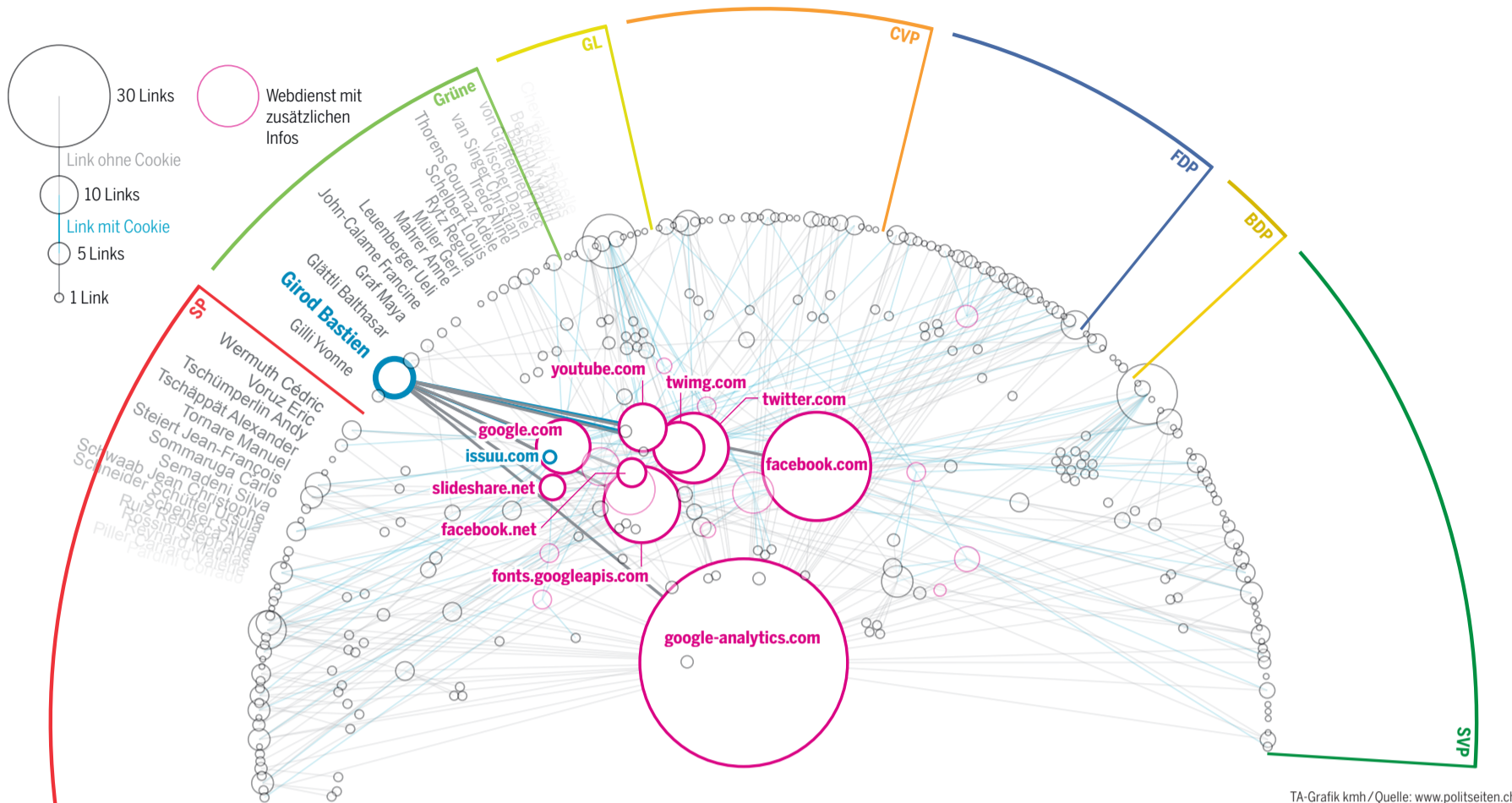


Schweiz

Mit wem National- und Ständeräte Daten austauschen: Beispiel Bastien Girod



TA-Grafik kmh / Quelle: www.politseiten.ch

Politiker liefern Daten an US-Firmen

National- und Ständeräte sammeln heimlich Informationen über die Besucher ihrer Homepages. Der eidgenössische Datenschützer Hanspeter Thür kritisiert diese Praxis.

Barnaby Skinner

«Vielen Dank für Ihre Anfrage», antwortet die Berner SP-Nationalrätin Evi Allemann, «mit dem heutigen Wissen erachte ich die Nutzung des Dienstes nicht mehr als angebracht, und ich habe ihn sofort deaktivieren lassen.» Die Rede ist von einem Angebot der US-Firma Sharethis. Bis zur Anfrage des «Tages-Anzeigers» vergangene Woche ist deren Technologie auf der Homepage der einst jüngsten Nationalrätin der Schweiz im Einsatz gewesen. Sie erlaubte es, mit einem Klick Inhalte gleichzeitig via mehrere Social-Media-Dienste zu teilen. Zum Beispiel Allemanns Artikel zum Thema «Nachrichtendienst ohne Freipass für Schnüffeleien». So weit, so problemlos.

Doch gleichzeitig zeichnete die Technologie die Klicks von Besuchern auf der

Site der SP-Nationalrätin minutiös auf; angereichert mit Informationen über den Standort des Nutzers, das eingesetzte Gerät und dessen IP-Nummern. Letzteres ist die Identifikationskarte jedes Gerätes, das am Internet hängt. Die gesammelten Daten wurden dann auf Server in die USA übermittelt und 14 Monate abgespeichert. «Wir teilen Informationen mit Drittanbietern, um so Web-User massgeschneiderte Reklame vorzusetzen», heisst es auf der Website der Firma. Die Daten, wie sie Sharethis anlegt, reichen Internetkonzernen wie Google, um Rückschlüsse auf Kaufkraft, Alter, Geschlecht und politische Ausrichtung eines Internetnutzers zu ziehen.

Nationalrätin Evi Allemann als ahnungslose Gehilfin des boomenden Geschäfts mit Onlinewerbung also? Eigentlich erstaunlich, nachdem die Berner

diese Woche im Nationalrat gegen die Revision des Nachrichtendienstes gestimmt hat. Diese verankert das geheime Ausspionieren von Privatnutzern im Internet im Gesetz.

Ähnlich wie Allemann bewegen sich viele National- und Ständeräte in der immer komplexer werdenden Onlinewelt. Der «Tages-Anzeiger» hat mithilfe der Spezialsoftware Lightbeam analysiert und visualisiert, welche Räte auf ihren Homepages versteckte Zusatzprogramme haben; entstanden ist ein komplexes Netzwerk mit 225 Websites. So viele National- und Ständeräte verfügen über einen eigenen Internetauftritt.

SVP-Genferin hält den Rekord

Insgesamt grub die Software 142 Drittdienste aus, die auf den Websites der Politiker im Einsatz sind. Am meisten Drittdienste führt die Genfer SVP-Nationalrätin Céline Amaudruz. Wer ihren Blog aufruft, wird von 20 Programmen beobachtet mit Namen wie Quantserve, Adlooxtracking oder Doubleclick. Das erklärt sich damit, dass Amaudruz Overblog nutzt, ein französisches Gratis-Blog-Werkzeug. Statt für den Dienst zu zahlen, leitet sie dem Unternehmen die Besucherdaten ihrer Homepage ins Ausland weiter. Auf die Frage, ob ihr wohl dabei sei, antwortet die Nationalrätin, sie verstehe nicht, wo das Problem liege.

Bastien Girod (Grüne, ZH) nimmt das Problem ernst. Zumindest behauptet er das. In der Auswertung hat er am drittmeisten Überwachungssoftware im Einsatz. Doch wie Evi Allemann gelobt er Besserung: «Ich plane ein Plug-in zu installieren, welches die Weitergabe der Nutzerdaten einschränkt.» Zudem werde in Kürze ein Hinweis auf seiner Website aufgeschaltet, was er an Daten seiner Website-Besucher sammle und wie er sie nutze.

Christian Wasserfallen wehrt sich. Der Berner FDP-Nationalrat erscheint deshalb so weit oben in der Auswertung, weil er auf seiner Website mit Modulen von Twitter oder Facebook arbeitet. Sie erlauben es zum Beispiel, automatisiert Inhalte einzublenden. Wasserfallen sagt: «Die Datenströme beziehen sich alle auf Onlinetools, insbesondere Social Media. Die Nutzer bestimmen gerade bei Social Media, aber auch bei Analysedaten selber, was sie von sich preisgeben wollen.»

Das stimmt nur bedingt. Wenn jemand die Homepage des Berner Nationalrats besucht, registrieren dies Drittdienste in den USA. Egal, ob der Nutzer dies will oder nicht. Denn die interaktiven Elemente von Facebook und Twitter zeigen nicht nur die schönen Bilder und geistreichen Kurznachrichten an, die

Wasserfallen veröffentlicht hat. Im Hintergrund funktionieren sie auch als Einflüsterer. Sie informieren Dritte, ob und allenfalls wie lange ein bestimmtes Gerät eine Website besucht hat. Facebook und Twitter nutzen diese Informationen, um Werbeeinblendungen zu verbessern.

Balthasar Glättli reicht den Schwarzen Peter zurück. Der grüne Nationalrat und Internetexperte weist darauf hin, dass die Medien in viel grösserem Mass Daten ihrer Webbesucher sammeln und auswerten. Tatsächlich arbeitet allein der «Tages-Anzeiger» online mit über 60 Angeboten von Drittfirmen, die der Besucher auf Anhieb nicht sieht. Er tut dies, um den Webverkehr zu messen oder zu analysieren. Doch er erklärt unter der Rubrik «AGB und Datenschutz» ausführlich, was mit den Nutzerdaten geschieht. So, wie es das Gesetz vorschreibt. Glättli ist einer der wenigen Parlamentarier, die dieser Pflicht ebenfalls nachkommen. Auf den meisten anderen Politiker-Homepages fehlt diese Information, genauso wie der Hinweis, wie Nutzer die Weitergabe ihrer Daten an Drittdienste verhindern könnten.

Thür fordert Transparenz

Für den eidgenössischen Datenschützer Hanspeter Thür ist das Verhalten der Parlamentarier problematisch. «Webseitenbetreiber müssen ihre Besucher transparent über den Einsatz von Webtracking und über den Zweck der Bearbeitung und die Datenanalyse informieren. Eine solche Information kann beispielsweise in einer Datenschutzerklärung erfolgen», so Thür. Fehle eine solche Information, liege eine Verletzung des Datenschutzgesetzes vor, weil Erkennbarkeit und Zweckbindung der Datenbearbeitung nicht respektiert würden. Thür weist auf sogenannte 2-Klick-Lösungen hin, ein Programm namens Shariff zum Beispiel. Dieses würde Daten erst auf Veranlassung des Webseitenbesuchers an die Betreiber übermitteln.

Thomas Brühwiler, Mediensprecher der Schweizer Hostingfirma Hostpoint, sagt: «Wenn Parlamentarier nicht wissen, welche Dienste auf ihren Websites Daten sammeln, ist das ein etwas gar sorgloser Umgang mit den Daten ihrer Wähler.» Er weist zudem darauf hin, dass es genügend Alternativen zu Werkzeugen wie Google Analytics gebe. Angebote also, bei denen Daten in der Schweiz bleiben und nicht auf US-Servern herumschwirren.

Europaskeptische Süd- und Westschweiz

Die Schweizer Bevölkerung sieht mehrheitlich Vorteile in den bilateralen Verträgen der Schweiz mit der EU. Romands und Tessiner schätzen sie aber weniger vorteilhaft ein als Deutschschweizer. Das sind die Resultate einer Umfrage zum Vertragswerk.

Eine Mehrheit von 55 Prozent aller Befragten sieht nur oder eher Vorteile in den bilateralen Verträgen. Negativ bewerten 23 Prozent der Befragten die Bilateralen. 16 Prozent sehen Vor- und Nachteile. Die restlichen 6 Prozent sehen weder Vor- noch Nachteile oder gaben keine Antwort.

Durchgeführt hat die Umfrage, über die die «NZZ am Sonntag» berichtete, das Institut GFS Bern von Claude Longchamp. Auffällig sind laut der Zeitung die Unterschiede zwischen den Sprachregionen. Die Tessiner sind am negativsten eingestellt gegenüber dem Vertragswerk: Nur für 24 Prozent überwiegen die Vorteile; bei 39 Prozent überwiegen dagegen die Nachteile. Die als eher europafreundlich geltenden Westschweizer bewerten die Bilateralen ebenfalls negativer als die Deutschschweizer. (SDA)

Nachrichten

Bundesverwaltungsgericht
Ausgeschaffter Tamile zeigt Richter an

2013 wurde ein Tamile aus der Schweiz ausgeschafft - und bei seiner Ankunft in Sri Lanka verhaftet. Nun hat er gegen zwei Mitarbeiter des Bundesverwaltungsgerichts Strafanzeige eingereicht. Die beiden hatten das Asylbegehren des Mannes definitiv abgelehnt und dessen Wegweisung rechtskräftig beschlossen. Gabriel Püntener, der Anwalt des Tamilen, bestätigte einen entsprechenden Bericht der «NZZ am Sonntag». Die Staatsanwaltschaft von St. Gallen soll untersuchen, ob die Beschuldigten mit ihrem Urteil vom August 2012 bewusst in Kauf genommen hätten, dass sein Klient in der Heimat verhaftet und gefoltert werde. Die beiden Mitarbeiter des Bundesverwaltungsgerichts seien verantwortlich für die Konsequenzen für seinen Klienten, sagt Püntener. Der Tamile verbrachte nach seiner Verhaftung ein Jahr im Gefängnis in Sri Lanka. Im vergangenen Oktober wurde er schliesslich freigelassen. (SDA)

Postpreise

Peter Hasler erwägt, die Briefmarken zu verteuern

Zwischen der Schweizerischen Post und dem Preisüberwacher bahnt sich eine neue Auseinandersetzung an. Laut Post-Verwaltungsratspräsident Peter Hasler decken die Preise im Privatkundengeschäft die Kosten nicht mehr. Briefmarken könnten deshalb künftig teurer werden, erklärte er im Interview mit der «Schweiz am Sonntag». Die Post habe seit 2004 die Preise nicht mehr erhöht. Vor gut einem Jahr hatte sich Preisüberwacher Stefan Meierhans mit der Post geeinigt, dass die Preise für den Versand von A- und B-Post-Briefen sowie von Inlandpaketen bis im März 2016 nicht erhöht werden. Meierhans war damals zum Schluss gekommen, dass die von der Post verlangten Preise für die Brief- und Paketpost überhöht seien. (SDA)

Finanzausgleich

Berner Finanzdirektorin will Geberkantone entlasten

Im Kampf um den interkantonalen Finanzausgleich ruft die bernische Finanzdirektorin zu einem Kompromiss auf. «Beide Seiten müssen sich bewegen», erklärte Beatrice Simon (BDP) in einem Interview mit der «Berner Zeitung» vom Samstag. Simon nahm damit Bezug auf den letztwöchigen Entscheid des Ständerats, der sich gegen Entlastungen für die Geberkantone ausgesprochen hatte. «Im Moment zeichnet sich eine Konfrontation ab, die niemand wollen kann - wir Empfängerkantone am wenigsten», so Simon im Interview. «Deshalb denke ich, dass wir den Geberkantonen einen Schritt entgegenkommen müssen.» Bei einem Kompromiss, wie er Simon vorschwebt, würde der Kanton Bern 40 bis 50 Millionen Franken pro Jahr weniger erhalten. Nach dem Willen des Bundes- und des Nationalrats wären es 90 Millionen Franken. (SDA)

Die versteckten Webdienste der Politiker

Politiker mit den meisten Verknüpfungen zu Drittsites

Name	Kanton	Fraktion	URL	Verknüpfungen
Céline Amaudruz	GE	SVP	www.celine-amaudruz.over-blog.com	20
Josias Gasser	GR	GLP	www.josiasgasser.ch	14
Ada Marra	VD	SP	www.adamarra.blogspot.ch	10
Bastien Girod	ZH	Grüne	www.bastiengirod.ch	10
Christian Wasserfallen	BE	FDP	www.cewe.ch	8

Dienste, mit denen die Politiker ihre Websites verknüpft haben

Name	Kurzbeschreibung	Verknüpfungen
google-analytics.com	Analysedienst von Webseiten	67
facebook.com	Social-Plugin, zum Beispiel Facebook-Like-Knopf	34
fonts.googleapis.com	Schriftenkontrolle und Trackingwerkzeug	24
google.com	Google-Suche	18
ajax.googleapis.com	Schnittstelle für Google-Karten	16
twitter.com	Social-Plugin, zum Beispiel Twitter-Follow-Knopf	15
doubleclick.net	Werbenetzwerk von Google	13
youtube.com	Video-Plattform von Google	13
twimg.com	Server, auf dem Twitter-Bilder stehen	11
sharethis.com	Ermöglicht einfacheres Teilen von Inhalten	11

Alle Dienste bieten entweder dem Website-Besucher oder -Nutzer einen Mehrwert. Im Gegenzug sammeln sie Nutzerdaten.

TA-Grafik mrue / Quelle: Lightbeam, TA

Anzeige

Wohlstand sichern, linke Experimente stoppen!

SVP Liste 1 wählen

SVP Kt. Zürich, 8600 Dübendorf, PC 80-35741-3, www.svp-zuerich.ch



Interaktive Grafik An wen die Politiker Nutzerdaten liefern

politseiten.tagesanzeiger.ch